

# Amtsblatt der Stadt Landshut

66. Jahrgang Nr. 21

Donnerstag, 29. Juni 2023

Einzelpreis 1,75 €

**INHALTSVERZEICHNIS:** Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung (Straßenreinigungssatzung) vom 26.06.2023; Vollzug des Landesstraßen- und Verordnungsgesetzes (LStVG), des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG) und der Verordnung zur Verhütung von Bränden (VVB); Regelungen anlässlich der Aufführung 2023 der "Landshuter Hochzeit 1475"; Vollzug des BauGB; Änderung des Bebauungsplanes Nr. 03-70a „Ehemaliges Bahngelände westlich des Hauptbahnhofes – Teilbereich a“ vom 01.12.2017 i.d.F. vom 10.04.2019, redaktionell geändert am 18.06.2020 - rechtsverbindlich seit 20.07.2020 - durch Deckblatt Nr. 1 vom 21.09.2022 i.d.F. vom 16.06.2023 im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) hier: Ortsübliche Bekanntmachung der erneuten Auslegung gem. § 4a Abs. 3 BauGB; Vollzug des BauGB; Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 09-15/7 „Zwischen Veldener Straße und Am Schopperfeld“ vom 18.12.2020 i.d.F. vom 16.06.2023 im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) hier: Ortsübliche Bekanntmachung der erneuten Auslegung gem. § 4a Abs. 3 BauGB; Vollzug des BauGB; Änderung des Bebauungsplanes Nr. 08-30 „Tal-Josaphat-Weg“ vom 24.06.1965 i.d.F. vom 26.01.1968 - rechtsverbindlich seit 24.01.1969 – durch Deckblatt Nr. 3 vom 16.06.2023 im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) hier: Ortsübliche Bekanntmachung des Änderungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BauGB und ortsübliche Bekanntmachung der Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 13a Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB entsprechend § 13a Abs. 3 Satz 2 BauGB;

**Satzung zur Änderung der Satzung**  
**über die Straßenreinigung (Straßenreinigungssatzung)**  
**vom 26.06.2023**

Auf Grund der Art. 23, 24 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung – GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl 1998, 796, BayRS 2020-1-1-I), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 9. Dezember 2022 (GVBl S. 674), erlässt die Stadt Landshut folgende

**Satzung:**

§ 1

Die Satzung über die Straßenreinigung (Straßenreinigungssatzung) vom 16.12.2016 (ABl S. 244), zuletzt geändert durch Satzung vom 26.07.2021 (ABl S. 337), wird wie folgt geändert:

Das eine Anlage zu § 2 Abs. 2 der Straßenreinigungssatzung bildende Straßenverzeichnis wird wie nachstehend geändert:

Folgende Straßen werden neu in die Reinigungsklasse 1.2 aufgenommen:

Ida-Hilgärtner-Weg

Maria-Hierlwimmer-Weg

Maria-Proebst-Weg

Rudolf-Scheibenzuber-Weg

Sophie-Ressl-Weg

Willy-Kölbl-Weg

§ 2

Diese Satzung tritt am 1. Oktober 2023 in Kraft.

Landshut, den 26.06.2023

STADT LANDSHUT  
Alexander Putz  
Oberbürgermeister

-----

**Vollzug des Landesstraß- und Verordnungsgesetzes (LStVG), des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG) und der Verordnung zur Verhütung von Bränden (VVB):**

**Regelungen anlässlich der Aufführung 2023 der "Landshuter Hochzeit 1475":**

Die Stadt Landshut – Ordnungsamt – erlässt folgende

**Allgemeinverfügung**

- I. In Abänderung der Allgemeinverfügung vom 01.06.2023 (Amtsblatt S. 175 ff) erhält dessen Ziffer III folgende neue Fassung:

„a) Am 30.06.2023, 01.07.2023, 02.07.2023, 07.07.2023, 08.07.2023 09.07.2023, 14.07.2023, 15.07.2023, 16.07.2023 und 21.07.2023, 22.07.2023 und 23.07.2023 ist auf allen öffentlichen Flächen (Straßen, Gassen, Wege, Plätze) im Innenstadtbereich (Bereich zwischen Isar im Westen und Norden, Grätzberg/Klöpfgraben im Süden, Podewilsstraße im Osten – siehe Anlage 3) das Abstellen von Fahrrädern und Krafträdern freitags in der Zeit von 15:00 Uhr bis 22:00 Uhr, samstags von 11:00 Uhr bis 22:00 Uhr und sonntags von 07:00 Uhr bis 22:00 Uhr außerhalb der dafür vorgesehenen Bereiche verboten.

b) Es werden für Fahrräder ersatzweise folgende öffentliche Abstellplätze eingerichtet (siehe Anlage 4):

- Grieserwiese (entlang Preysingallee)
- Martinsfriedhof (unter den Bäumen)
- Mühleninsel (Grünfläche vor dem „Rauchensteiner“-Anwesen)
- Orbankai (Grünstreifen entlang ehem. Postgebäude)
- Freyung (östl. Jodokskirche - Grünanlage vor dem HCG)
- Innenhof Stadtsäle „Bernlochner“
- Ländtorplatz (Grünfläche und neben den öffentlichen Toiletten)“

- II. In Abänderung der Allgemeinverfügung vom 01.06.2023 (Amtsblatt S. 175 ff) erhält dessen Ziffer VII folgende neue Fassung:

„Am 02.07.2023, 09.07.2023, 16.07.2023 und 23.07.2023 ist auf und entlang der Zugstrecke des Umzuges der Landshuter Hochzeit (Innere Münchener Straße, Dreifaltigkeitsplatz, Altstadt, Postplatz, Heilig-Geist-Gasse, Bischof-Sailer-Platz, Neustadt; siehe Anlage 1) folgende Art und Weise der Durchführung von öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel im Sinne des Art. 8 des Grundgesetzes (GG) nicht zugelassen:

Klimaproteste auf den in der Anlage 1 eingezeichneten Straßen (die Anlage 1 ist Bestandteil dieser Allgemeinverfügung),  
-bei denen sich mindestens ein/e Teilnehmer/in fest mit der Fahrbahn oder an Gegenständen auf der Fahrbahn von Straßen (zum Beispiel durch Ankleben, Einbetonieren, Anketten) verbindet, oder  
-mindestens ein/e Teilnehmer/in sich auf die Fahrbahn begibt, sodass ein Fahrzeug bzw. ein Teil des Umzuges deshalb stehen bleibt und mindestens ein weiteres, dahinter befindliches Fahrzeug, bzw. dahinter befindender Teilnehmer/in des Umzuges aufgrund des ersten, stehen gebliebenen Fahrzeugs bzw. stehen gebliebenen Teilnehmer/in des Umzuges an der Weiterfahrt gehindert ist, und  
-die Anzeige- und Mitteilungspflicht nach Art. 13 BayVersG nicht eingehalten ist.

Das bedeutet, dass sowohl das Veranstellen von Versammlungen, als auch die Teilnahme an solchen Versammlungen und Protestaktionen verboten ist.“

- III. In Abänderung der Allgemeinverfügung vom 01.06.2023 (Amtsblatt S. 175 ff) erhält dessen Ziffer VIII folgende neue Fassung:

„Die sofortige Vollziehbarkeit der Ziffern I bis VII wird hiermit angeordnet.“

- IV. In Abänderung der Allgemeinverfügung vom 01.06.2023 (Amtsblatt S. 175 ff) erhält dessen Ziffer IX folgende neue Fassung:

„Die Allgemeinverfügung gilt am Tag nach Ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt als öffentlich bekannt gemacht. Sie tritt am 30.06.2023, um 0:00 Uhr in Kraft und mit Ablauf des 23.07.2023 außer Kraft.“

- V. Die Allgemeinverfügung vom 01.06.2023 (Amtsblatt S. 175 ff) wird um folgende Ziffer X ergänzt:

„Bei Verstößen gegen die Anordnungen unter Ziffer I bis VII wird ein Zwangsgeld in Höhe von 150,00 € fällig.“

**Rechtliche Hinweise:**

1. Gemäß Art. 41 Abs. 4 Satz 1 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz ist nur der verfügende Teil einer Allgemeinverfügung bekannt zu machen. Die Allgemeinverfügung liegt mit Begründung und Rechtsbehelfsbelehrung im Ordnungsamt der Stadt Landshut, Luitpoldstr. 29a, 84034 Landshut, Zimmer 311 aus. Sie kann während der allgemeinen Dienstzeiten eingesehen werden.

2. Auf die Vorschriften der Luftverkehrs-Ordnung in Bezug auf die Nutzung von unbemannten Fluggeräten wird hingewiesen.

3. Auf die Vorschriften des Verpackungsgesetzes und der Einwegkunststoffverbotsverordnung in Bezug auf Einweg- und Mehrwegprodukte wird hingewiesen.

4. Die Vorschriften der Sicherheitssatzung und Sicherheitsverordnung der Stadt Landshut bleiben unberührt.

5. Mit Geldbuße bis zu dreitausend Euro kann belegt werden, wer dieser vollziehbaren Anordnung der Ziffer VII zuwiderhandelt, vgl. Art. 21 Abs. 1 Nr. 6 BayVersG.

6. Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer als Veranstalter/in oder als Leiter/in dieser vollziehbaren Anordnung der Ziffer VII zuwiderhandelt, vgl. Art. 20 Abs. 2 Nr. 4 BayVersG.

7. Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer zur Teilnahme an untersagten Versammlungen auffordert, vgl. Art. 20 Abs. 2 Nr. 3, Art. 8 Abs. 3 BayVersG.

#### Rechtsbehelfsbelehrung

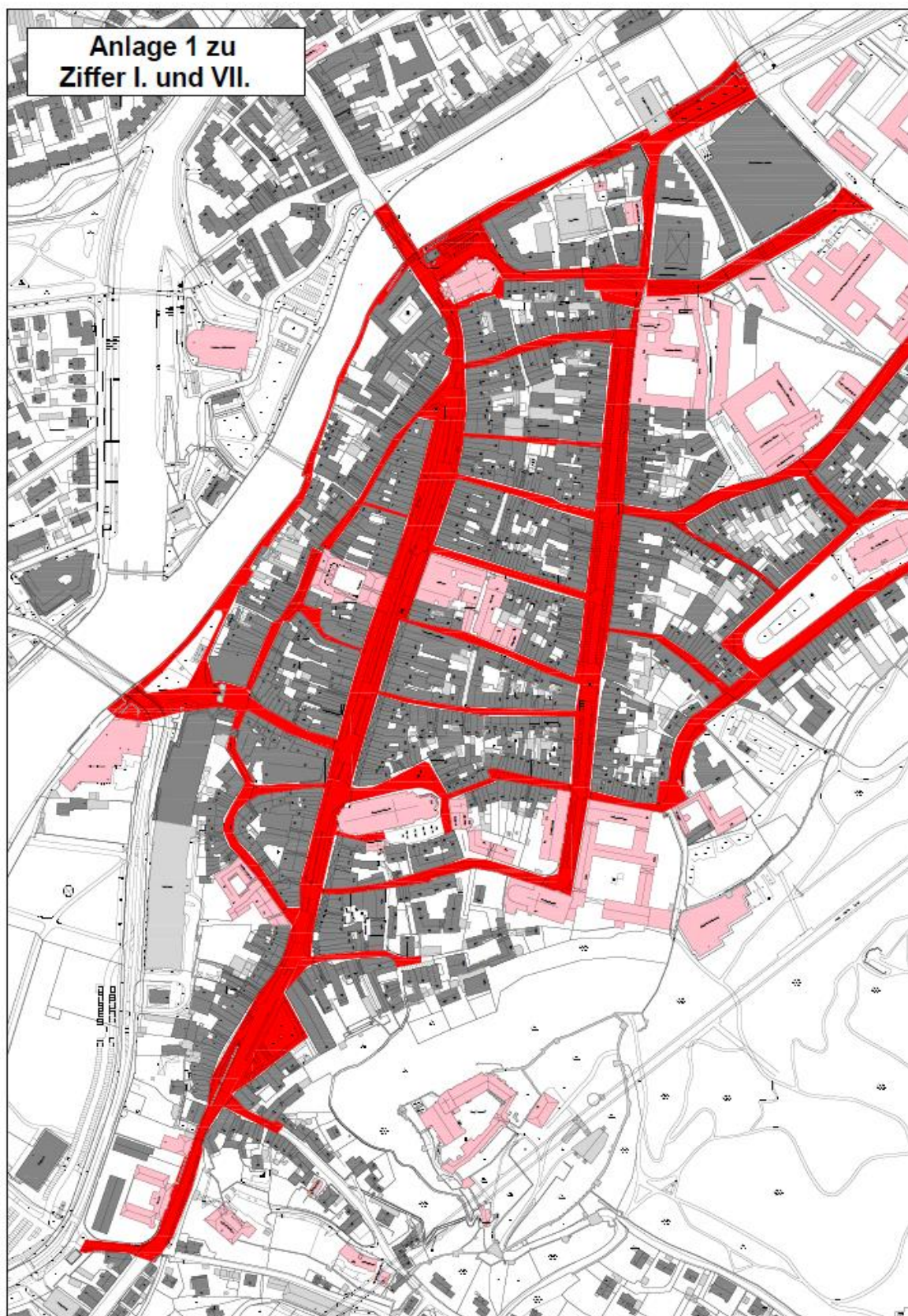
Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage erhoben werden bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht Regensburg in 93047 Regensburg

Postfachanschrift: Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg  
Hausanschrift: Haidplatz 1, 93047 Regensburg

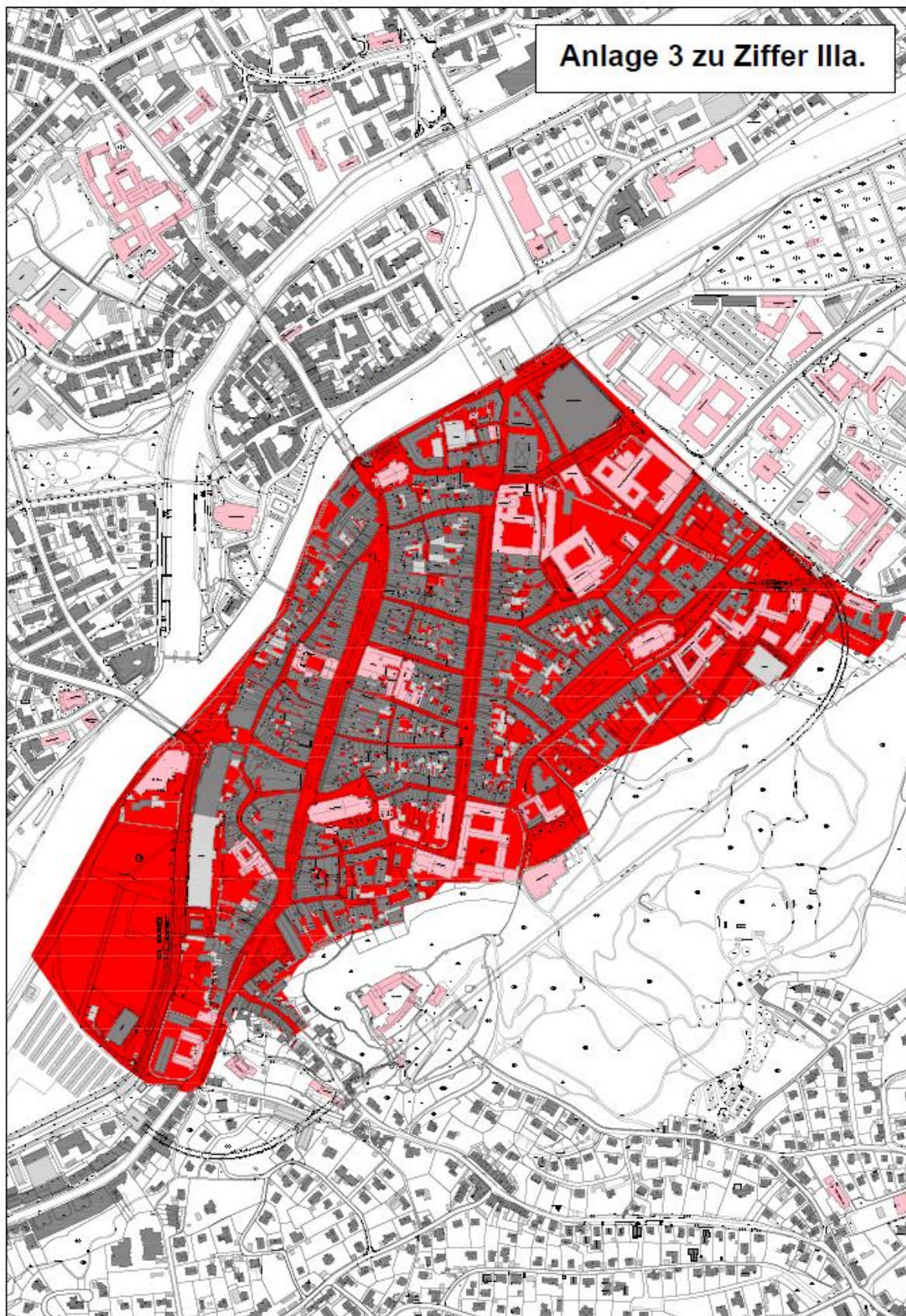
#### Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

Die Einlegung des Rechtsbehelfs ist schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form möglich. Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Ab 01.01.2022 muss der in § 55d VwGO genannte Personenkreis Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen. [Sofern kein Fall des § 188 VwGO vorliegt:] Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Stadt Landshut  
Ordnungsamt

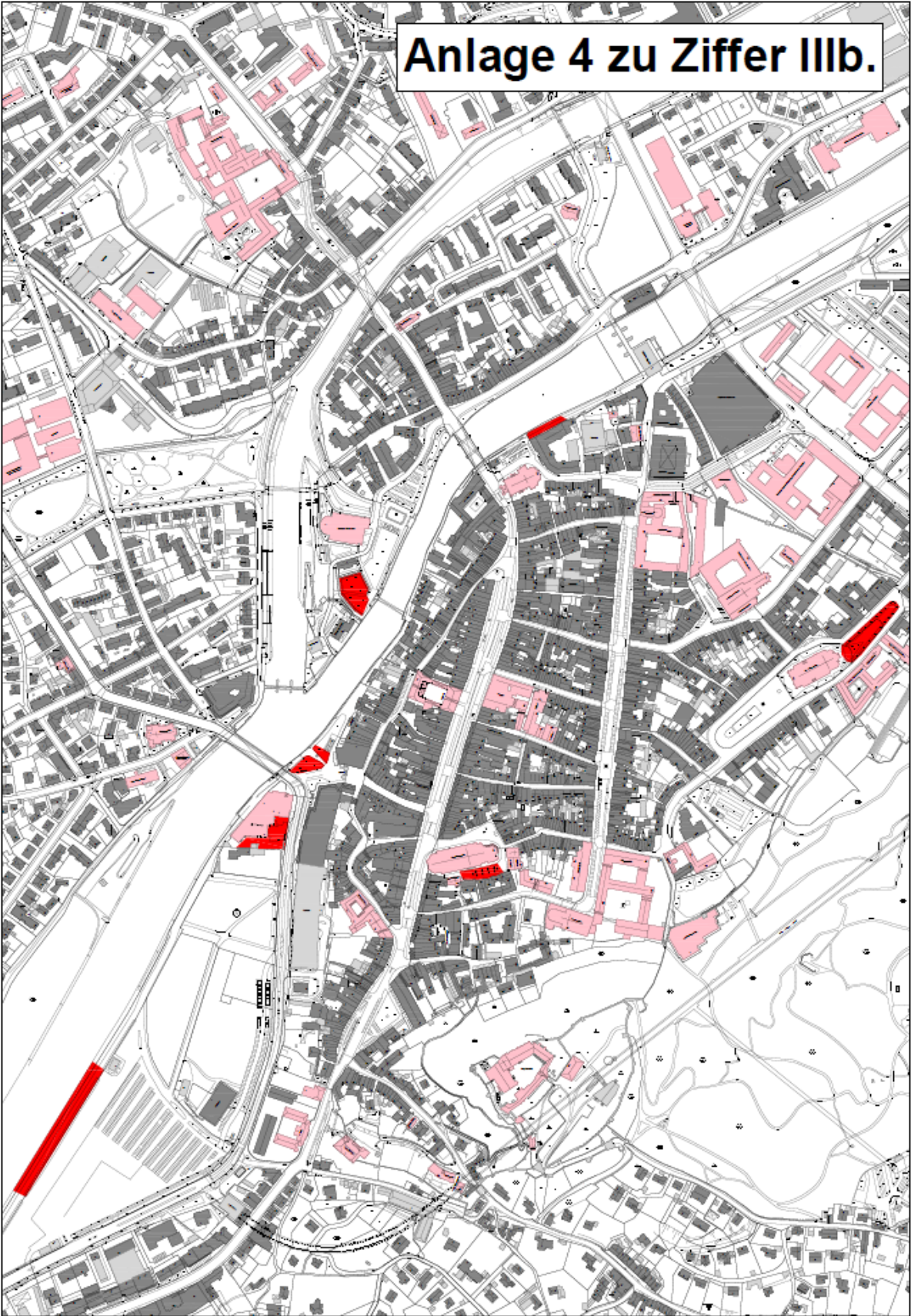




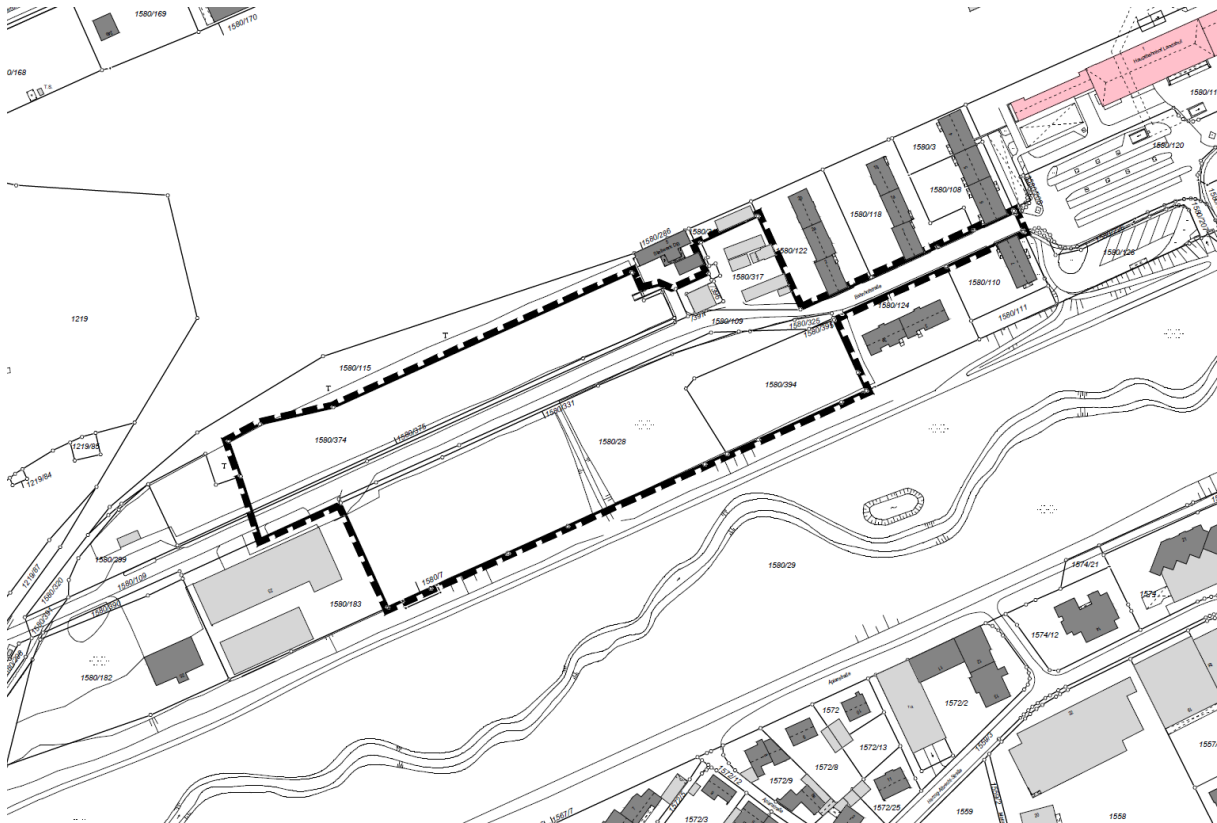




## Anlage 4 zu Ziffer IIIb.



**Vollzug des BauGB;**  
**Änderung des Bebauungsplanes Nr. 03-70a „Ehemaliges Bahngelände westlich des Hauptbahnhofes – Teilbereich a“ vom 01.12.2017 i.d.F. vom 10.04.2019, redaktionell geändert am 18.06.2020 - rechtsverbindlich seit 20.07.2020 - durch Deckblatt Nr. 1 vom 21.09.2022 i.d.F. vom 16.06.2023 im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung)**  
**hier: Ortsübliche Bekanntmachung der erneuten Auslegung gem. § 4a Abs. 3 BauGB**



Die Stadt Landshut legt gemäß § 4a Abs. 3 BauGB den vom Bausenat in seiner Sitzung vom 16.06.2023 gebilligten Entwurf des  
**Deckblattes Nr. 1**

zur Änderung des Bebauungsplanes

**Nr. 03-70a**  
**„Ehemaliges Bahngelände westlich des Hauptbahnhofes – Teilbereich a“**

erneut und nach § 4a Abs. 3 Satz 3 BauGB verkürzt in der Zeit vom

**11.07.2023 bis einschl. 28.07.2023**

aus.

Zum Entwurf des Deckblattes Nr. 1 vom 21.09.2022 i.d.F. vom 16.06.2023 zum Bebauungsplan Nr. 03-70a „Ehemaliges Bahngelände westlich des Hauptbahnhofes – Teilbereich a“ vom 01.12.2017 i.d.F. vom 10.04.2019, redaktionell geändert am 18.06.2020 - rechtsverbindlich seit 20.07.2020 - mit textlichen Festsetzungen auf dem Plan gehört die Begründung.

Es wird darauf hingewiesen, dass von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB abgesehen wird. Dies wurde bereits entsprechend § 13a Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 ortsüblich bekanntgemacht.

Die Auslegung erfolgt beim Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung, Luitpoldstraße 29, 4. Stock, 84034 Landshut, zu folgenden Dienststunden: Montag mit Donnerstag von 8.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr, Freitag von 8.00 bis 12.00 Uhr. Abweichend hiervon können gesonderte Terminvereinbarungen unter Tel. 0871 / 88-1347 getroffen werden. Zusätzlich können der Inhalt dieser Bekanntmachung sowie die nach § 4a Abs. 3 BauGB auszulegenden Unterlagen im oben genannten Zeitraum unter folgender Internetadresse eingesehen werden:

[https://dlp-pub.gds-hosting.net/ListView\\_Beteiligung.aspx](https://dlp-pub.gds-hosting.net/ListView_Beteiligung.aspx)

Jedermann kann den Bauleitplan einsehen und über dessen Inhalt Auskunft verlangen.

Stellungnahmen können während der Auslegungsfrist in Textform oder während der Dienststunden zur Niederschrift vorgebracht werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben, wenn die Stadt Landshut den Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bebauungsplanes nicht von Bedeutung ist.

STADT LANDSHUT  
- Referat für Bauen und Umwelt -  
Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung



**Vollzug des BauGB;  
Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 09-15/7 „Zwischen Veldener Straße und Am Schopperfeld“ vom  
18.12.2020 i.d.F. vom 16.06.2023 im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB (Bebauungsplan der  
Innenentwicklung)**

**hier: Ortsübliche Bekanntmachung der erneuten Auslegung gem. § 4a Abs. 3 BauGB**



Die Stadt Landshut legt gemäß § 4a Abs. 3 BauGB den vom Bausenat in seiner Sitzung vom 16.06.2023 gebilligten Entwurf des Bebauungsplanes

**Nr. 09-15/7  
„Zwischen Veldener Straße und Am Schopperfeld“**

erneut und nach § 4a Abs. 3 Satz 3 BauGB verkürzt in der Zeit vom

**11.07.2023 bis einschl. 28.07.2023**

aus.

Zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 09-15/7 „Zwischen Veldener Straße und Am Schopperfeld“ mit eingearbeitetem Grünordnungsplan und textlichen Festsetzungen auf dem Plan gehört die Begründung.

Es wird darauf hingewiesen, dass von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB abgesehen wird. Dies wurde bereits entsprechend § 13a Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 ortsüblich bekanntgemacht.

Die Auslegung erfolgt beim Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung, Luitpoldstraße 29, 4. Stock, 84034 Landshut, zu folgenden Dienststunden: Montag mit Donnerstag von 8.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr, Freitag von 8.00 bis 12.00 Uhr. Abweichend hiervon können gesonderte Terminvereinbarungen unter Tel. 0871 / 88-1347 getroffen werden. Zusätzlich können der Inhalt dieser Bekanntmachung sowie die nach § 4a Abs. 3 BauGB auszulegenden Unterlagen im oben genannten Zeitraum unter folgender Internetadresse eingesehen werden:

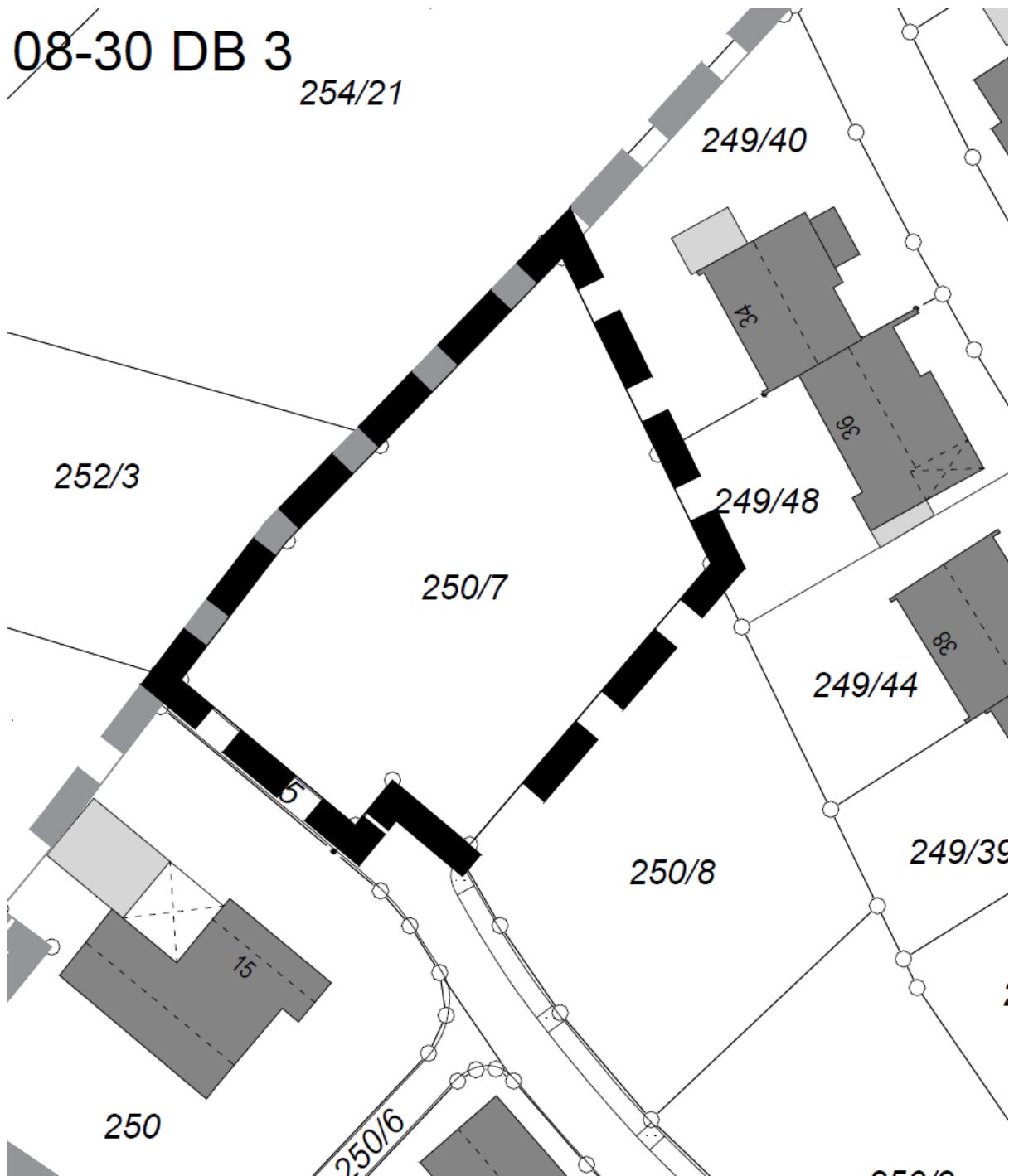
[https://dlp-pub.gds-hosting.net/ListView\\_Beteiligung.aspx](https://dlp-pub.gds-hosting.net/ListView_Beteiligung.aspx)

Jedermann kann den Bauleitplan einsehen und über dessen Inhalt Auskunft verlangen.

Stellungnahmen können während der Auslegungsfrist in Textform oder während der Dienststunden zur Niederschrift vorgebracht werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben, wenn die Stadt Landshut den Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bebauungsplanes nicht von Bedeutung ist.

STADT LANDSHUT  
- Referat für Bauen und Umwelt -  
Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung

Vollzug des BauGB;  
Änderung des Bebauungsplanes Nr. 08-30 „Tal-Josaphat-Weg“ vom 24.06.1965 i.d.F. vom 26.01.1968 -  
rechtsverbindlich seit 24.01.1969 – durch Deckblatt Nr. 3 vom 16.06.2023 im beschleunigten Verfahren  
gem. § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung)  
hier: Ortsübliche Bekanntmachung des Änderungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BauGB und ortsübliche  
Bekanntmachung der Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 13a Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB ent-  
sprechend § 13a Abs. 3 Satz 2 BauGB



Der Bausenat der Stadt Landshut hat in der Sitzung am 16.06.2023 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen, den Bebauungsplan

**Nr. 08-30**  
**„Tal-Josaphat-Weg“**

Durch

**Deckblatt Nr. 3**

im beschleunigten Verfahren gem. § 13a (Bebauungsplan der Innenentwicklung) zu ändern.

Die Voraussetzungen für das beschleunigte Verfahren sind gegeben, da die zulässige Grundfläche der baulichen Anlagen im Geltungsbereich unter 20.000m<sup>2</sup> liegen. Durch die Änderung wird nicht die Zulässigkeit von Vorhaben begründet, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht unterliegen. Außerdem bestehen keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. b BauGB genannten Schutzgüter. Damit ist nach § 13a Abs. 2 Nr. 4 BauGB kein Ausgleich nach der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung erforderlich.

Es wird hiermit gem. § 13a Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 ortsüblich bekannt gemacht, dass keine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt wird.

Wesentliche Ziele und Zwecke der Planung sind:

Städtebauliches Ziel ist eine maßvolle Nachverdichtung durch die Ermöglichung eines zweiten Einfamilienhauses in einem sehr großen Grundstück.

Die Stadt Landshut gibt der Öffentlichkeit gem. § 13a Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauGB die Gelegenheit, sich über die allgemeinen Ziele und Zwecke, sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung zu unterrichten und sich hierzu innerhalb der Frist vom

**11.07.2023 bis einschl. 11.08.2023**

zu äußern.

Die Unterrichtung erfolgt beim Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung, Luitpoldstraße 29, 4. Stock, 84034 Landshut, zu folgenden Dienststunden: Montag mit Donnerstag von 8.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr, Freitag von 8.00 bis 12.00 Uhr. Abweichend hiervon können gesonderte Terminvereinbarungen unter Tel. 0871 / 88-1347 getroffen werden. Zusätzlich können die Unterlagen im oben genannten Zeitraum unter folgender Internetadresse eingesehen werden:

[https://dlp-pub.gds-hosting.net/ListView\\_Beteiligung.aspx](https://dlp-pub.gds-hosting.net/ListView_Beteiligung.aspx)

Jedermann kann den Bauleitplan einsehen und über dessen Inhalt Auskunft verlangen.

Stellungnahmen können während der Auslegungsfrist in Textform oder während der Dienststunden zur Niederschrift vorgebracht werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben, wenn die Stadt Landshut den Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bebauungsplanes nicht von Bedeutung ist.

STADT LANDSHUT  
- Referat für Bauen und Umwelt -  
Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung

-----

---

Herausgegeben von der Stadt Landshut, Altstadt 315, 84028 Landshut  
Verantwortlich für den Inhalt ist der jeweilige Verfasser der Bekanntmachung.